

Interreg



Kofinanziert von
der Europäischen Union
Cofinancé par
l'Union Européenne

Oberrhein | Rhin Supérieur

Rhenus und Resilire (R&R)

Bericht zum Workshop 3 mit den Pilotgemeinden

—

GEGENWART

Juli 2025

Mitwirkende

in alphabetischer Reihenfolge:

Bernhard Michèle (Hochschule Kehl)
Bischoff Luc (Universität Straßburg)
Bollinger Sophie (Universität Straßburg)
Burger-Helmchen Thierry (Universität Straßburg)
Djuricic Ksenija (Hochschule Kehl; Universität Straßburg)
Drewello Hansjörg (Hochschule Kehl)
Eisenbarth Markus (Hochschule Kehl)
Fischer Jürgen (Hochschule Kehl)
Gnamm Mats-Benjamin (Hochschule Kehl)
Kiesel Britta (Hochschule Kehl)
Martins Nourry Lise (Universität Straßburg)
Payen Marion (Universität Straßburg)
Raffin Didier (Hochschule Kehl; Universität Straßburg)
Rondé Patrick (Universität Straßburg)
Schaeffer Véronique (Universität Straßburg)
Seker Merdan (Hochschule Kehl)
Yorulmaz Merve (Hochschule Kehl & Universität Straßburg)

Unter der Leitung von:

Muller Emmanuel (Hochschule Kehl, Universität Straßburg)
Neukam Marion (Universität Straßburg)

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1. Einleitung	5
2. Methodik	6
3. Ergebnisse des World Cafés	9
3.1. Kommunikation	9
3.2. Medizinische Versorgung	10
3.3. Ernährung	12
3.4. Logistik	14
3.5. Aufrechterhaltung von Ordnung und sozialem Zusammenhalt	15

Zusammenfassung

Der dritte Workshop des Interreg-Projekts Rhenus et Resilire mit dem Titel „DIE GEGENWART“ fand am 26. Juni 2025 in Offenburg statt. Ziel dieses Workshops war es, gemeinsam mit den Pilotgemeinden Haguenau, La Wantzenau, Offenburg und Ottersweier Sofortmaßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Gemeinden gegenüber künftigen Krisen zu erarbeiten.

Zu Beginn des Workshops wurden die Ergebnisse des vorherigen Workshops vorgestellt. In diesem vorangegangenem Workshop wurden die potenziellen Folgen von Krisen für die Gemeinden identifiziert und nach ihrer Wahrscheinlichkeit und Schwere eingestuft. Diese Folgen wurden in einer Matrix erfasst, die als Grundlage für die Diskussionen des dritten Workshops diente.

Der Workshop verlief in mehreren Schritten:

1. Rückblick und Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Workshops: Die potenziellen Folgen der Krisen für die Kommunen wurden unabhängig von der Art der Krise noch einmal aufgegriffen. Die detaillierten Ergebnisse des zweiten Workshops sind in einem separaten Bericht verfügbar.
2. World-Café-Methode: Die schwerwiegendsten und wahrscheinlichsten Folgen wurden in fünf Cluster eingeteilt: „Kommunikation“, „Logistik“, „Versorgung“, „Gesundheitswesen“ und „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts“. Die Teilnehmer wurden in Untergruppen aufgeteilt und arbeiteten unter Anleitung von Moderatoren des Projektteams nacheinander an jedem Cluster.
3. Zusammenfassung der Ergebnisse: Jeder Moderator fasste die diskutierten Punkte für seinen Cluster im Plenum zusammen, sodass die Teilnehmer die Vorschläge ergänzen oder kommentieren konnten.
4. Analyse der Ergebnisse: Die in den Kommunen bestehenden Maßnahmen wurden notiert, und die Kommunen wählten die drei wichtigsten Ideen für die Krisenvorsorge aus. Diese Bewertung wird als Grundlage für die Erstellung eines systematischen strategischen Aktionsplans für Krisenfälle dienen.

Die Durchführung des Workshops basierte hauptsächlich auf der sogenannten World-Café-Methode. Die schwerwiegendsten und wahrscheinlichsten Folgen wurden in fünf Cluster eingeteilt: Kommunikation, Logistik, Lebensmittelversorgung, medizinische Versorgung sowie Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts. Die Teilnehmer wurden in Untergruppen aufgeteilt und arbeiteten unter Anleitung der Projektmoderatoren abwechselnd an jedem Cluster. Jede Gruppe begann an einer Station, die sich mit einem Cluster befasste, und wechselte dann zwischen den Stationen, um zu jedem Thema einen Beitrag zu leisten.

Der Workshop ermöglichte es, konkrete Maßnahmen für jeden Cluster zu identifizieren, wie beispielsweise die Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle, um unterschiedliche Altersgruppen zu erreichen, die Koordination mit lokalen Supermärkten für die Lebensmittelversorgung und die Einrichtung von Notfall-Sammelstellen für die medizinische Versorgung. Die Ergebnisse dieses Workshops werden durch die Ergebnisse von zwei Fokusgruppen mit Vertretern der Zivilgesellschaft in Deutschland und Frankreich ergänzt. Durch den Abgleich dieser

Ergebnisse wird ein „Toolkit“ entwickelt, das den Kommunen zur Verfügung gestellt wird, um sie bei der Bewältigung möglicher Krisen besser zu unterstützen.

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht schließt die Phase „Vertiefte Analyse“ des Interreg-Projekts Rhenus et Resilire ab. In diesem Rahmen hatte das Projektteam mehrere Veranstaltungen geplant: den dritten Workshop mit Vertretern der Pilotgemeinden sowie zwei Fokusgruppen mit Vertretern der deutschen und französischen Zivilgesellschaft. Diese dritte Workshop-Reihe mit dem Titel „DIE GEGENWART“ hatte zum Ziel, Maßnahmen zu erörtern, die bereits jetzt ergriffen werden müssen, um sich auf künftige Krisen vorzubereiten. Mit anderen Worten: Es wurde die gegenwärtige Dimension des Krisenmanagements der Kommunen behandelt, um ihre Resilienz gegenüber künftigen Krisen, mit denen sie konfrontiert sein könnten, zu erhöhen. Zur Erinnerung: Dieser Workshop knüpft an die beiden vorangegangenen Workshops an und folgt dem folgenden Ansatz:

Workshop 1: VERGANGENHEIT – Zusammenfassung der Lehren aus der Vergangenheit

Workshop 2: ZUKUNFT – Identifizierung und Klassifizierung potenzieller Risiken und ihrer Folgen

Workshop 3: GEGENWART – Untersuchung der verfügbaren und fehlenden Ressourcen für künftige Krisen

Am 26. Juni 2025 haben wir den Workshop mit unseren Pilotgemeinden in den Räumlichkeiten des Rathauses von Offenburg in Deutschland organisiert – wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für die Gastfreundschaft bedanken.

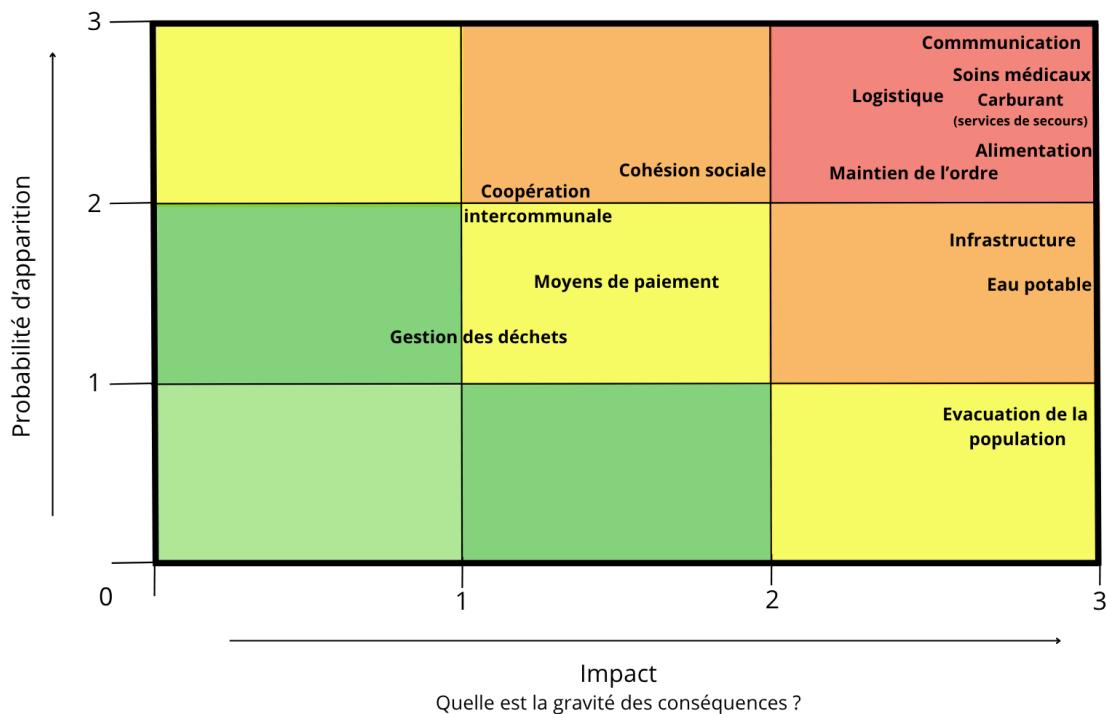


Ziel dieses Workshops war es, konkrete und auf die potenziellen Folgen abgestimmte Krisenpläne zu entwickeln. Im Folgenden werden wir die für diesen Workshop angewandte Methodik sowie die erzielten Ergebnisse detailliert vorstellen.

2. Methodik

Der dritte Workshop befasst sich mit der Ausarbeitung der **GEGENWART**. Im Anschluss an den zweiten R&R-Workshop, der am 7. März 2025 stattfand (die **ZUKUNFT**, siehe Bericht WS 2), hatten wir mehrere Folgen identifiziert, mit denen die Gemeinden im Krisenfall konfrontiert sind. Diese Folgen wurden entsprechend ihrer Wahrscheinlichkeit und Schwere in einer Matrix dargestellt. Zur Erinnerung: Abbildung 1 zeigt diese Matrix.

Abbildung 1 – Matrix der Folgen aus Workshop 2



Der Workshop 3 baute auf dieser Matrix auf und konzentrierte sich auf die folgenreichsten und wahrscheinlichsten Folgen (rotes Rechteck). Es wurde beschlossen, für alle Workshops dieser Phase (Workshop mit den Pilotgemeinden und die beiden Fokusgruppen) die gleiche Methodik anzuwenden, um ihre Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Ziel war es, die Ideen aus den Pilotgemeinden mit den Meinungen der Zivilgesellschaft zu vergleichen.

Somit fanden alle Workshops in mehreren aufeinanderfolgenden Schritten statt:

- **Schritt 1:** Rückblick und Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Workshops („2. Workshop mit den Pilotgemeinden – ZUKUNFT“).
- **Schritt 2:** Im zweiten Teil arbeiteten die Teilnehmer im World-Café-Format, um konkrete Ideen für Antworten auf diese Folgen zu entwickeln.
- **Schritt 3:** Anschließend wurden die Ideen im Plenum diskutiert
- **Schritt 4 (nur für die Pilotgemeinden):** Analyse der Ergebnisse

Schritt 1 – Zusammenfassung des zweiten Workshops

Der zweite Workshop befasste sich mit den potenziellen Folgen, mit denen eine typische Kommune im Krisenfall konfrontiert sein wird. Diese Folgen wurden unabhängig von der jeweiligen Krise formuliert und müssen daher für jede Art von Krise gelten.

Die detaillierten Ergebnisse des zweiten Workshops sind im entsprechenden Bericht nachzulesen. In diesem Workshop wurden Unterschiede zwischen deutschen und französischen Gemeinden sowie zwischen mittelgroßen und kleineren Gemeinden festgestellt. Dennoch gab es auch einige Gemeinsamkeiten, wie beispielsweise die Herausforderungen im Zusammenhang mit einer guten Kommunikation zwischen den kommunalen Dienststellen, aber auch zwischen den kollektiven Instanzen und der Bevölkerung.

Schritt 2 – World-Café-Methode

Mit dem Ziel, konkrete Maßnahmen für den Krisenfall zu identifizieren, haben wir die wichtigsten Folgen (Schwere + Wahrscheinlichkeit) aus dem zweiten Workshop in fünf Cluster zusammengefasst: (1) Kommunikation, (2) Logistik, (3) Versorgung, (4) Medizinische Versorgung, (5) Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts. Diese fünf Cluster wurden anschließend im Raum verteilt, um fünf Arbeitsstationen zu bilden – eine pro Cluster.

Um möglichst konkrete Ergebnisse zu erzielen, haben wir beschlossen, die Workshop-Teilnehmer in Untergruppen von maximal zwei bis drei Personen aufzuteilen. Jede Gruppe beginnt ihren kreativen Prozess an einer Station, die sich mit einem der fünf Cluster befasst, und wird dabei von einem Projektmoderator pro Tisch begleitet. Nach zehn Minuten wechseln die Gruppen den Tisch und bearbeiten ein zweites Thema. Zu Beginn dieser zweiten Phase informiert der Moderator (der während des gesamten Workshops an derselben Station bleibt) die neue Gruppe über die Ergebnisse der vorherigen Gruppe. Auf dieser Grundlage kann die neue Gruppe die Aussagen der vorherigen Gruppen kommentieren und ergänzen.

Die Gruppen wechseln zwischen den Stationen, bis jede Gruppe jede Station durchlaufen hat.

Schritt 3 – Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Plenum fasst jeder Moderator alle Punkte zusammen, die für seinen Cluster angesprochen wurden.

In dieser Phase hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, die angesprochenen Punkte zu ergänzen oder zu kommentieren.

Schritt 4 – Analyse der Ergebnisse

Cluster für Cluster war es unser Ziel, die nächsten Schritte des Projekts Rhenus et Resilire vorzubereiten. Dazu mussten wir wissen, welche Maßnahmen in den Gemeinden bereits vorhanden waren. Darüber hinaus wollten wir die Bedeutung der vorgeschlagenen Maßnahmen bewerten. So haben wir (1) Punkt für Punkt notiert, welche Maßnahmen in welcher Gemeinde vorhanden sind, und (2) den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, drei Ideen auszuwählen, die sie für den Beginn der Krisenvorsorge für am wichtigsten halten.

Diese Bewertung wird anschließend dazu dienen, einen strategischen Aktionsplan zu erstellen, der einen systematischen Ansatz für den Krisenfall berücksichtigt.

3. Ergebnisse des World Cafés

3.1 Kommunikation

Im Krisenfall betonen die Gemeinden, wie wichtig es ist, politische Erwägungen beiseite zu lassen und sich auf den Schutz der Bevölkerung und der Gemeinde zu konzentrieren, insbesondere durch Kommunikation, um die Bevölkerung zu informieren.

Die Kommunen können bereits vorhandene Kommunikationsmittel wie Werbetafeln, soziale Netzwerke und Fahrzeuge mit Lautsprechern nutzen, um die Bevölkerung im Krisenfall schnell zu alarmieren. Diese Mittel werden aufgrund ihrer Zugänglichkeit und einfachen Aktualisierbarkeit genannt. Die Kommunen erkennen jedoch die Notwendigkeit, verschiedene Kommunikationskanäle zu nutzen, um unterschiedliche Altersgruppen zu erreichen. Beispiele hierfür sind Flyer in Briefkästen für ältere Menschen und soziale Netzwerke für jüngere Menschen. Ebenso sind sich die Kommunen bewusst und einige nutzen bereits mehrsprachige Kommunikation, um sicherzustellen, dass die Sicherheitshinweise von allen Einwohnern verstanden werden, auch von denen, die die Amtssprache des Landes nicht sprechen. Es wird jedoch angemerkt, dass die personellen Ressourcen für Übersetzungen besser erfasst und im Krisenfall mobilisiert werden müssen.

Im Zusammenhang mit dem Informationsaustausch ist es wichtig, die Bedeutung der Glaubwürdigkeit der Informationen hervorzuheben, die oft mit der Verwaltungsebene zusammenhängt, von der sie stammen. Insbesondere Bürgermeister werden von den Bürgern als zuverlässige Informationsquellen angesehen. Daher ist es sinnvoll, dass diese lokalen Persönlichkeiten wichtige Informationen weitergeben und eine zentrale Rolle im Kampf gegen Fake News spielen, indem sie sich als vertrauenswürdige Vermittler etablieren.

Die Kommunen Ottersweier, Offenburg und Wantzenau betonen die Bedeutung der interkommunalen Kommunikation für ein wirksames Krisenmanagement. Dazu gehört der Einsatz verschiedener Kommunikationsmittel, um die Koordination zwischen den verschiedenen Gemeinden sicherzustellen. Kleine Gemeinden wie La Wantzenau, die zur Eurometropole Straßburg gehört, passen zentralisierte Richtlinien häufig an ihre spezifischen Bedürfnisse an und zeigen damit ihre Anpassungsfähigkeit an Entscheidungen, die auf höherer Ebene getroffen werden.

Die administrativen Unterschiede wurden erneut hervorgehoben, insbesondere wenn in Frankreich im Falle einer groß angelegten Krise der Präfekt die Leitung der Maßnahmen übernimmt, um die

Sicherheit zu gewährleisten und den Staat auf lokaler Ebene zu vertreten; somit haben die Gemeinden keinen Einfluss auf den Entscheidungsprozess.

Die Kommunen betonen die Notwendigkeit, die Bevölkerung und die lokalen Entscheidungsträger zu schulen und zu trainieren, damit sie im Krisenfall wirksam reagieren können. Um die Bürger zu erreichen, schlagen die Kommunen beispielsweise die Organisation von Informationsveranstaltungen vor, um sie vorzubereiten und über die im Krisenfall zu ergreifenden Maßnahmen zu informieren.

Zusammenfassend betonen die Kommunen die lokale Anpassung der Richtlinien, die Nutzung bestehender und zuverlässiger Kommunikationsmittel sowie die Bedeutung einer mehrsprachigen und medienübergreifenden Kommunikation für ein wirksames Krisenmanagement.

Was die von den Pilotkommunen festgelegten Prioritäten angeht, so ist die interkommunale Kommunikation für ein wirksames Krisenmanagement von entscheidender Bedeutung, wie die Stadt Offenburg betont. Diese Koordinierung ermöglicht einen schnellen Austausch wichtiger Informationen und die Abstimmung der Maßnahmen zwischen verschiedenen Orten, wodurch die Gesamtreaktion auf Notfälle verbessert wird.

Die Einrichtung eines Krisenstabs ist eine gemeinsame Initiative der Gemeinden La Wantzenau und Ottersweier. Diese Stäbe dienen der zentralen Verwaltung von Informationen und Ressourcen und ermöglichen so eine schnelle und koordinierte Entscheidungsfindung. Mit einem engagierten und gut vorbereiteten Team können diese Gemeinden besser auf die spezifischen Bedürfnisse reagieren, die in einer Krisensituation auftreten. Es ist hervorzuheben, dass die Gemeinde Offenburg bereits einen eigenen Krisenstab eingerichtet hat, indem sie interne Ressourcen mobilisiert hat.

Um die Bevölkerung wirksam zu alarmieren, schlägt Offenburg den Einsatz von Sirenen oder Dienstfahrzeugen vor, die bereits mit Megaphonen ausgestattet sind. Diese Sirenen können mit Notstromaggregaten versorgt werden, um ihren Betrieb auch bei Stromausfall zu gewährleisten. Der hier angesprochene Punkt ist die Möglichkeit, Warnmeldungen und Anweisungen schnell zu verbreiten und ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Ergänzend dazu haben kleinere Gemeinden (La Wantzenau und Ottersweier) auf die Nützlichkeit von vorab aufgezeichneten Nachrichten hingewiesen. Durch die Vorbereitung von Nachrichten für verschiedene Notfallsituationen können diese Gemeinden wertvolle Zeit bei der Verbreitung kritischer Informationen gewinnen. Dadurch wird auch sichergestellt, dass die Kommunikation klar und konsistent ist, wodurch das Risiko von Fehlinformationen verringert wird.

Soziale Netzwerke und Websites sind bevorzugte Kommunikationskanäle für La Wantzenau, Offenburg und Ottersweier. Diese Plattformen ermöglichen es, Informationen in Echtzeit zu verbreiten und ein breites Publikum zu erreichen, insbesondere die jüngeren Generationen, die oft sehr aktiv im Internet sind. Mit diesen Tools können die Gemeinden kontinuierlich aktuelle Informationen bereitstellen und direkt mit den Bürgern interagieren.

Schließlich betont Offenburg die Bedeutung eines Kompetenzregisters, mit dem insbesondere Personen schnell identifiziert werden können, die in verschiedenen Sprachen übersetzen oder kommunizieren können, sodass sichergestellt ist, dass Sicherheitshinweise und wichtige Informationen von allen Einwohnern unabhängig von ihrer Muttersprache verstanden werden.

3.2 Medizinische Versorgung

Der zweite Punkt betraf insbesondere den Zugang der Bevölkerung zur medizinischen Versorgung. Die französischen Gemeinden erwähnen die Vorräte an Insulin und Jod, wobei letzteres für den Fall von nuklearen Unfällen vorgesehen ist und den Gemeinden von der Präfektur zur Verfügung gestellt wird. Eine gemeinsame Beobachtung ist, dass die Franzosen im Allgemeinen weniger diszipliniert sind als die Deutschen, was zu einem erhöhten Risiko von Massenbewegungen im Falle von Notproblemen oder Einschränkungen führen könnte. Ein großes Problem im Zusammenhang mit der medizinischen Versorgung ist die Schwierigkeit, den Bedarf an bestimmten Medikamenten im Krisenfall vorherzusagen. Es ist wahrscheinlich, dass dieser Bedarf auch in benachbarten Gemeinden besteht. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass Menschen mit besonderem Medikamentenbedarf während einer Krise nicht in ausreichender Menge versorgt werden können. Bei Problemen mit der Straßenanbindung ist der Flussweg für alle Gemeinden in der Nähe von Wasserläufen eine praktikable Alternative für die Versorgung oder den Transport von Verletzten zum nächstgelegenen Krankenhaus. Die Versorgung von Kranken, einschließlich der Verwaltung von Insulinvorräten und Beatmungsgeräten, wurde von Ottersweier hervorgehoben, während Offenburg die Bedeutung einer Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger und des Kontakts zu den örtlichen Apotheken betont.

In La Wantzenau wurde eine Liste mit Ärzten erstellt, die im Krisenfall zu kontaktieren sind. Ottersweier sprach die Einrichtung eines Verzeichnisses mit Ressourcen und Kontakten an, wobei Offenburg jedoch Datenschutzbedenken äußerte.

Haguenau verfügt über eine Karte und eine Liste von Wärmeinseln, um die Bevölkerung bei Hitze zu kühleren Orten zu leiten. Die beiden Gemeinden Haguenau und Offenburg haben bereits

Sammelplätze für die Bevölkerung bei Hitze identifiziert und aufgelistet (in Offenburg als „Coole Orte“ bezeichnet). Ergänzend schlägt Ottersweier vor, bei Hitze den Zugang zu Kirchen zu ermöglichen.

In Bezug auf Notfall-Evakuierungsstellen betont die Gemeinde Ottersweier die Nützlichkeit der Einrichtung von Notfall-Sammelstellen, eine Idee, die von Haguenau und La Wantzenau unterstützt und von Offenburg ergänzt wird, das präzisiert, dass diese Stellen von der Feuerwehr betreut werden könnten. Ottersweier schlug außerdem eine Koordinierung mit dem örtlichen Roten Kreuz und allen Rettungsdiensten vor, eine Idee, die von Offenburg ergänzt wurde, indem auch Kliniken, Altenheime, Hausärzte und Pflegepersonal einbezogen werden sollen. Offenburg erwägt für den Fall einer Evakuierung vielmehr, eine Liste der Busunternehmen und Unterkünfte zu erstellen, die über eine Notstromversorgung, Küchen und sanitäre Einrichtungen verfügen. La Wantzenau ergänzte diesen Vorschlag mit der Identifizierung alternativer Routen, insbesondere auf dem Wasserweg, um Evakuierungen und Transporte im Krisenfall zu erleichtern. Zusätzlich zu den Aufnahmeorten schlug Ottersweier Seelsorgedienste vor, während Offenburg einen von der Feuerwehr organisierten psychologischen Dienst vorschlug.

Bei der Priorisierung durch die Pilotkommunen wurden die Notfall-Sammelstellen, die insbesondere von der Feuerwehr verwaltet werden, als besonders wichtig eingestuft. Diese Stellen dienen als zentrale Anlaufstellen, an denen die Bürger im Krisenfall sofortige medizinische Versorgung und Sicherheitshinweise erhalten. Die Anwesenheit der Feuerwehr gewährleistet, dass ausgebildete Fachkräfte zur Bewältigung von Notfällen und zur Koordinierung der Rettungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Roten Kreuz in Deutschland und allen Rettungsdiensten in Frankreich für Ottersweier und La Wantzenau eine Priorität. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es, schnell zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren und bei Bedarf spezialisierte Hilfe zu leisten. La Wantzenau schlägt außerdem vor, psychologische Betreuungsdienste einzurichten, die von der Feuerwehr organisiert werden, um das psychische und emotionale Wohlbefinden der von einer Krise betroffenen Bürger zu unterstützen.

Die Erstellung eines Verzeichnisses der Hausärzte und Pflegekräfte, die unter den Bürgern der Gemeinde ansässig sind, ist eine Idee, die von Offenburg und Ottersweier vorgeschlagen wurde, um die medizinische Versorgung in Krisenfällen zu verbessern. Beide Gemeinden äußern jedoch Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes, sollte eine solche Idee umgesetzt werden. Offenburg schlägt stattdessen vor, vorrangig eine Liste der Busunternehmen und Unterkünfte zu erstellen, die über eine Notstromversorgung, Küchen und sanitäre Einrichtungen verfügen, um im Krisenfall eine schnelle und sichere Evakuierung der Bürger zu ermöglichen.

3.3 Ernährung

Die Gemeinden La Wantzenau und Haguenau verfügen über Notfallpumpen und Stromaggregate, um die Wasserversorgung sicherzustellen, auch wenn das Wasser nicht trinkbar ist. Offenburg arbeitet an einem Notfallkonzept für Trinkwasser, und Ottersweier kooperiert mit der Stadt Bühl, die ebenfalls über Notfallpumpen und Stromaggregate verfügt, um die Wasserversorgung zumindest für die ersten drei Tage einer Krise sicherzustellen.

Informelle Kooperationen mit lokalen Supermärkten ermöglichen bei Bedarf die Beschaffung von Vorräten, die später zurückerstattet werden. Die gerechte Verteilung der Güter und die Identifizierung der bedürftigen Bevölkerungsgruppen stellen jedoch eine Herausforderung dar. In La Wantzenau ermöglicht eine informelle Zusammenarbeit mit lokalen Erzeugern die Bereitstellung von Lebensmitteln in Krisenzeiten, wobei deren Verfügbarkeit jedoch von der Art der Krise abhängt. Offenburg erwägt eine Formalisierung der Vereinbarungen mit den Supermärkten, während Ottersweier die Beibehaltung informeller Beziehungen bevorzugt, die als besonders vorteilhaft und für den lokalen Kontext mit seiner geringen Bevölkerungsdichte und der geografischen Nähe zwischen den Akteuren auf der Angebots- und Nachfrageseite im Lebensmittelbereich angesehen werden.

Es werden Empfehlungen für die Anlage von Grundnahrungsmittelvorräten in den Haushalten gegeben, die jedoch selten befolgt werden. Es wird betont, dass städtische Gebiete in Bezug auf die Lebensmittelversorgung anfälliger sind. Die Option der Wasservorratshaltung wurde in La Wantzenau aufgrund der Kosten und der Verderblichkeit aufgegeben. Für alle Gemeinden bleibt die Wirksamkeit von Reinigungstabletten zur Trinkbarmachung von Wasser im Krisenfall ungewiss.

Offenburg und Ottersweier legen den Schwerpunkt auf den Selbstschutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen und betonen die Bedeutung der Versorgung der Familien der Mitglieder des lokalen Krisenstabs. Die Gemeinden Offenburg, Ottersweier und La Wantzenau legen den Schwerpunkt auf vorbeugende Informationen zum Selbstschutz und zur Nachbarschaftshilfe durch Vorträge, Broschüren, das Internet und eine jährliche Messe.

Eine der wichtigsten Prioritäten für alle Gemeinden ist die Verbreitung von Präventionsinformationen zum Selbstschutz und zur Nachbarschaftshilfe. Um dieses Ziel zu erreichen, sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen:

- Öffentliche Informationsveranstaltungen: Regelmäßige Organisation von öffentlichen Veranstaltungen, um die Bürger über Schutzmaßnahmen und bewährte Praktiken im Krisenfall zu informieren, insbesondere in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit und die Trinkwasserversorgung. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, den Bürgern die Präventionsmaßnahmen zu erklären, die sie zur Sicherung ihrer Lebensmittelversorgung ergreifen müssen, sowie die Maßnahmen, die von der Gemeinde getroffen werden. Andere an der Krisenbewältigung beteiligte Akteure wie Rettungsdienste, Ärzte, Apotheker oder die Polizei könnten ebenfalls in diese Maßnahmen einbezogen werden, um die Beziehungen und Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen an der Krisenbewältigung beteiligten Akteuren zu klären und zu stärken.
- Broschüren/Faltblätter: Verteilen Sie Broschüren mit Informationen über individuelle Vorsorgemaßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung im Krisenfall an öffentlichen Orten, in Schulen und Gemeindezentren, um eine breite Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren.
- Internet: Einrichtung spezieller Online-Plattformen oder Bekanntmachung bestehender Plattformen, auf denen die Bürger Ressourcen und praktische Ratschläge finden können, um sich auf die Sicherstellung ihrer Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung im Notfall vorzubereiten.

Eine weitere Priorität für die Pilotkommunen ist die Koordinierung der Lebensmittelverteilung mit Supermärkten. Diese Koordinierung muss Sicherheitsaspekte berücksichtigen, um eine effiziente und gerechte Verteilung der Lebensmittelressourcen zu gewährleisten:

- Abschluss formeller Verträge mit Supermärkten, um eine kontinuierliche Lebensmittelversorgung im Krisenfall sicherzustellen (sofern eine Formalisierung als notwendig erachtet wird).
- Sicherheitsprotokolle zum Schutz der Lebensmittelvorräte und zur Gewährleistung einer geordneten und sicheren Verteilung.

Für die Gemeinde La Wantzenau ist es besonders wichtig, die besonderen Bedürfnisse gefährdeter Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass diese Gruppen angemessene Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten. Daher wird die Idee angesprochen, gefährdete Bevölkerungsgruppen zu identifizieren und zu unterstützen, damit sie sich auf Krisensituationen vorbereiten und wirksam darauf reagieren können. In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Frage nach der Zuständigkeit und den rechtlichen Befugnissen der Gemeinden, die Bevölkerung nach ihren Besonderheiten/Gefährdungen zu erfassen.

Schließlich wurde von beiden deutschen Kommunen die Notwendigkeit angesprochen, Angehörige von Mitgliedern des kommunalen Krisenstabs zu begleiten und zu unterstützen.

3.4 Logistik

Die vier Gemeinden sind sich einig, dass die Aufrechterhaltung des Verkehrs für Einsatzfahrzeuge wichtig ist, um

- Vermeidung einer Überlastung der Straßen durch die Bevölkerung
- Aufbau und regelmäßige Wartung eines Fahrradparks ohne Unterstützung
- Umsetzung eines vorab organisierten Plans für den öffentlichen Nahverkehr
- Eindeutige Kennzeichnung von vorrangigen Fahrten mit einem für alle verständlichen und klaren Code, der vorab in der Bevölkerung bekannt gegeben wird.

Die Umsetzung konkreter und operativer Maßnahmen ist jedoch von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich, was sich stark auf ihre Handlungsfähigkeit auswirkt. Es ist schwierig, zum jetzigen Zeitpunkt über eine Bestandsaufnahme hinauszugehen. Es gibt keine genauen Gründe für diese Unterschiede, weder hinsichtlich der Größe der Gemeinde noch hinsichtlich der „Nationalität“ oder der Beschaffenheit des Straßen-, Fluss- und Schienennetzes.

Die Kraftstoffvorräte werden auf einem Mindestniveau gehalten, das eine 72-stündige Autonomie der prioritären Fahrzeuge gewährleistet (z. B. 4000 Liter in Ottersweier und 30000 Liter in Haguenau).

Vorräte an Medikamenten und verschiedenen Ressourcen (z. B. Sägen, Antennen und Satellitentelefone in Offenburg) werden ebenfalls von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich gehalten, zumindest was die Verfügbarkeit von Informationen angeht (wer kennt den Stand der Vorräte, ihren Standort usw.?). Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, dass nicht erfasste Ressourcen durchaus vorhanden sind und sinnvoll mobilisiert werden können, sofern die Personen, die über die Informationen verfügen, in den Kreis der im Notfall zu mobilisierenden Personen eingebunden sind.

Die Vorbereitung der Bevölkerung auf das richtige Verhalten ist in den betroffenen Gemeinden nicht Realität. Es werden zwar einige praktische Übungen erwähnt, diese werden jedoch auf einer höheren Ebene als der Gemeinde organisiert. Dennoch sind Ressourcen vorhanden, insbesondere dank des Vereinswesens, das Kontaktdata (insbesondere Mobiltelefonnummern) der Bevölkerung pflegt und regelmäßig aktualisiert.

Die Bevölkerung wird nicht dazu aufgefordert, Vorräte zu Hause anzulegen, wie dies im Ausland der Fall sein kann, sei es in Form von Treibstoff, Medikamenten, Lebensmitteln, Trinkwasser, Räumungs-

oder Bauwerkzeugen usw. Hier sind in erster Linie die öffentlichen Dienste, vor allem die kommunalen, zuständig.

Je nach Ausmaß der Krise, sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch der Kritikalität, übt die Gemeinde keine eigenständige Kontrolle über die Maßnahmen mehr aus. Die Schwelle, ab der dieser „Umschwung“ erfolgt, ist nicht klar definiert und hängt auf französischer Seite ausschließlich von der Präfektur ab. Die deutsche Seite behält weiterhin teilweise die Entscheidungsgewalt und stimmt ihre Maßnahmen mit den übergeordneten Ebenen (Landrat, Bund) ab. Dieser Punkt verdeutlicht die unterschiedlichen Verwaltungskulturen auf beiden Seiten des Rheins, die jeweils klare Vor- und Nachteile haben.

Eine Diskrepanz zwischen den Vorschriften und der Realität wurde auf französischer Seite stärker festgestellt als auf deutscher Seite: Der kommunale Schutzplan (PCS) ist in der Gemeinde, in der sich Seveso-Standorte befinden, und somit mit besonderen Auflagen verbunden, in Kraft, während die größere französische Gemeinde über keinen aktuellen Einsatzplan verfügt. Was den rein logistischen Teil betrifft, so gibt es hier einen Punkt, der in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden geklärt werden muss.

3.5 Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts

Die Frage der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts wurde unter der Annahme einer Krise behandelt, in der die für diese Aufgaben zuständigen klassischen Dienste aufgrund ihrer Überlastung nicht mehr funktionsfähig sind. Die Pilotgemeinden müssen also mit einem Extremereignis fertig werden, ohne auf die üblichen Mittel zurückgreifen zu können. Die Logik der Maßnahmen und Entscheidungen besteht darin, diese Defizite auszugleichen, indem Entscheidungen getroffen werden, die eine möglichst geringe Verschlechterung der Lage auf lokaler Ebene ermöglichen.

Zwischen den französischen und deutschen Pilotgemeinden sind nur wenige Unterschiede festzustellen. Die Vorschläge der einen werden von den anderen befürwortet. Die wichtigsten Ideen lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Eine der ersten Maßnahmen besteht darin, die Gemeinde in mehrere geografische Zonen zu unterteilen. Diese Unterteilung soll das Krisenmanagement erleichtern, indem die Größe der Einsatzkräfte reduziert wird, wodurch die Maßnahmen effizienter und besser an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden können. Jede Zone wird zu einem autonomen Verwaltungsbereich,

was eine bessere Kenntnis des Geländes, der Einwohner und der verfügbaren Ressourcen ermöglicht. Diese Aufteilung fördert auch die Verteilung der Zuständigkeiten und verhindert, dass sich die Bemühungen auf einen einzigen Punkt konzentrieren und andere Bereiche vernachlässigt werden. Die Benennung eines Referenten für jeden Bereich ist eine zentrale Maßnahme. Dieser Referent, der aufgrund seiner Kenntnisse des Stadtviertels, seiner moralischen Autorität oder seines Engagements in Vereinen ausgewählt wird, wird zum bevorzugten Ansprechpartner zwischen den Einwohnern und dem kommunalen Krisenstab.

Jeder Bereich muss entsprechend seinen Merkmalen (Bevölkerungsdichte, Vorhandensein sensibler Infrastrukturen, Gefährdung der Einwohner) die ihm zur Verfügung stehenden oder fehlenden materiellen und personellen Ressourcen erfassen. Dabei geht es insbesondere darum, Räumlichkeiten zu identifizieren, die als Sammel- oder Notunterkünfte dienen können, die verfügbaren Kompetenzen (Rettungskräfte, Ärzte, Handwerker usw.) zu erfassen und die Vorräte an Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten zu bewerten. Dieser Ansatz ermöglicht es, den Bedarf besser zu antizipieren und die Auswirkungen von Versorgungsengpässen oder Desorganisation zu verringern.

Die Notwendigkeit, Orientierungspunkte für die Einwohner festzulegen und zu aktivieren, wurde mehrfach betont. In Krisensituationen sind die Ermittlung und Verbreitung von Informationen von entscheidender Bedeutung. Durch die Festlegung bekannter und gemeinsamer Sammelplätze kann Panik vermieden und der Personenfluss kanalisiert werden. Diese Orientierungspunkte können das Rathaus (oder ein Nebengebäude), Schulen oder zentrale Plätze sein. Entscheidend ist, dass diese Orte im Voraus klar festgelegt und durch gut sichtbare und eindeutige Beschilderung gekennzeichnet sind.

Um das Vertrauen in die verbreiteten Informationen zu stärken und deren Legitimität zu unterstreichen, wurde die Verwendung einer einheitlichen Farbkennzeichnung mit der Unterschrift des Bürgermeisters vorgeschlagen. Dieser Ansatz wurde insbesondere von der Gemeinde La Wantzenau während der COVID-Krise erfolgreich umgesetzt. Die im Voraus festgelegte und der Bevölkerung mitgeteilte Farbe dient als sofort erkennbares visuelles Merkmal, um offizielle Informationen von Gerüchten, Falschmeldungen oder privaten Initiativen zu unterscheiden. Die Unterschrift des Bürgermeisters oder der zuständigen kommunalen Behörde auf jedem offiziellen Dokument stärkt die Legitimität von Entscheidungen und Anweisungen. Sie verkörpert die lokale Autorität, die politische Verantwortung und das persönliche Engagement des ersten Magistrats der Gemeinde.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Mobilisierung von Gesundheitsfachkräften und lokalen Unternehmen als tragende Säule des Krisenmanagements auf kommunaler Ebene. Das Krisenmanagement erfordert

die rasche Mobilisierung aller im Gebiet anwesenden Gesundheitsfachkräfte: Ärzte, Krankenschwestern, Apotheker, Bestattungsunternehmen usw. Eine Koordinierungssitzung ermöglicht die Aufteilung der Aufgaben, die Vorwegnahme des Bedarfs und die Organisation der Versorgung von kranken oder schutzbedürftigen Personen. In diesem Zusammenhang ist die Erstellung (und regelmäßige Aktualisierung) eines aktuellen Verzeichnisses der Gesundheitsfachkräfte ein wertvolles Instrument, um Zeit zu gewinnen und Informationsverluste zu vermeiden. Darüber hinaus ermöglicht die Ermittlung von Bau- und Tiefbauunternehmen ein schnelles Eingreifen bei beschädigten Infrastrukturen, die Gewährleistung der Sicherheit an öffentlichen Orten und die Beteiligung an der Instandsetzung wichtiger Versorgungsnetze (Wasser, Strom, Straßen).

Nach Angaben der Vertreter der Pilotgemeinden besteht eine der Herausforderungen in einer größeren Krise darin, Notunterkünfte für betroffene, isolierte oder schutzbedürftige Personen zu organisieren. Die Bereitstellung von Klappbetten, Decken und Notfallausrüstungen ist unerlässlich. Darüber hinaus muss im Vorfeld eine Erfassung schutzbedürftiger Personen (ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende usw.) durchgeführt werden. In Krisensituationen ist es wichtig, diese Personen zu kontaktieren oder zu besuchen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten und ihnen die notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Durch Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen kann die Gefährdung dieser Personen verringert und ihre Eigenverantwortung und Selbstständigkeit gestärkt werden.

Regelmäßige Informationsveranstaltungen sind unerlässlich, um den sozialen Zusammenhalt zu erhalten und die Verbreitung von Gerüchten oder Falschinformationen zu verhindern. Diese Veranstaltungen können sich auf das Management der aktuellen Krise, Selbstschutzmaßnahmen oder Möglichkeiten zur Stärkung der individuellen und kollektiven Autonomie beziehen. Die Verteilung von Flyern oder die Nutzung von Anschlagtafeln sind weitere Mittel, um die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Die Pilotgemeinden haben betont, dass im Krisenfall die spontane Mobilisierung der Einwohner theoretisch beträchtlich sein kann. Um diese Energie zu kanalisieren und eine Zersplitterung der Bemühungen zu vermeiden, könnte die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Koordination der Freiwilligenarbeit sinnvoll sein.

Schließlich muss der Krisenstab im wahrsten Sinne des Wortes „geschützt“ werden, um die Kontinuität der Maßnahmen zu gewährleisten.

Unter allen von den Pilotgemeinden genannten Maßnahmen zeichnen sich drei Prioritäten besonders ab:

- die regelmäßige Organisation von Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung,
- Mobilisierung von Freiwilligen in Krisensituationen,
- die Notwendigkeit, den Schutz des Krisenstabs zu gewährleisten.